

Demokratiefibel to-go

Wie DU demokratiegefährdenden Parolen begegnen kannst

Herausgeber:

Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
Schrammerstr. 3, VI. Stock,
80333 München
Tel.: 089/2137-1261, Fax: 089/2137-271261,
E-Mail: dioezesanrat@eomuc.de
Internet: www.dioezesanrat-muenchen.de

Druck:

SAS Druck, www.sasdruck.de



Einleitung

Populistische Parolen am Stammtisch, rassistische Witzchen in einer fröhlichen Runde, menschenverachtende Sprüche während einer öffentlichen Veranstaltung? Rechte bzw. rechts-extreme Positionen stoßen in unserer Gesellschaft auf immer mehr Zuspruch. Und das macht auch vor den Pfarrgemeinden nicht Halt. Wenn wir überraschend in eine solche Situation geraten, dann wissen wir oft nicht, wie wir darauf reagieren können. Es beschleicht uns dann vielleicht sogar ein Gefühl der Sprachlosigkeit. Wie können wir also umgehen mit Situationen, in denen solche Äußerungen fallen?

Im Folgenden findest Du eine kleine Übersicht, worauf es konkret in der Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Parolen ankommt. Zudem findest Du hierzu auch eine Übersicht möglicher inhaltlicher Erwidierungen.

Das Spektrum rechter Parolen ist breit – es ist daher unmöglich, alle Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hier zu kommentieren. Am Ende dieser Broschüre findest Du weitere Quellen, die in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus hilfreich sind.

I. Wie kannst DU mit Parolen grundsätzlich umgehen?

Schweigen ist keine Option

Nicht reagieren ist immer falsch: Rassistische oder anderweitig menschenfeindliche Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Denn **Schweigen trägt zur Normalisierung bei** und gibt dem- oder derjenigen, die/der solche Äußerungen von sich gibt die ungewollte Rückmeldung, dass derartige Positionen legitime Standpunkte sind. Es hilft, für sich selbst situationsabhängig zu klären, ob man die Möglichkeit – insbesondere Zeit und Wissen – hat, um ausführlich zu kontern. Es kann aber auch – je nach Situation – ausreichend sein, sich durch ein Statement klar zu positionieren. Möglich ist auch, Andere in die Gesprächssituation einzubinden und einzuladen oder aufzufordern, etwas zum Thema zu sagen. Konflikte können und müssen ausgehalten werden – das gilt umso mehr,

wenn demokratische und auch christliche Kernüberzeugungen wie die Würde des Menschen durch Parolen zur Disposition gestellt werden.

Solidarität mit Betroffenen zeigen

Gerade, wenn sich Parolen mittelbar oder unmittelbar auf Gemeindemitglieder beziehen, ist es wichtig, ihnen zu signalisieren, dass sie nicht allein sind und dass man solidarisch an ihrer Seite steht. Dies kann gelingen, indem z. B. eindeutige Grenzen aufgezeigt werden, wenn rassistische, diskriminierende oder herabsetzende Kommentare fallen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass wir oft, aber nicht immer erkennen können, ob Betroffene in der Situation gerade anwesend sind. Wo etwa rechte Parolen gegen angeblich „faule“ Sozialhilfeempfänger:innen fallen

oder herabsetzende Aussagen über Menschen mit Migrationsgeschichte, ist es oft nur schwer möglich, auf Anhieb zu sehen, ob hiervon Betroffene unter uns sind. Umso wichtiger ist es, sich hier durch ein klares Statement zu positionieren. **An der Seite der Schwachen und Benachteiligten zu stehen, ist einer der Kerngedanken des Evangeliums.** Es entspricht daher auch der christlichen Überzeugung, sich mit Opfern von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eindeutig zu solidarisieren.

Argumente einfordern

Kommentare, die in pauschalisierender Weise Menschen herabsetzen, können oftmals bereits entkräftet werden, wenn Quellen und Argumente eingefordert werden: „Wie genau kommst Du darauf?“, „Woher hast Du das?“, „Wann und wo genau soll das passiert sein?“ – So lässt sich das Gespräch häufig für Sachargumente öffnen. Wo

sich jemand auf vermeintliche persönliche Erfahrungen beruft, ist es angemessen, diese einerseits ernst zu nehmen, andererseits aber auch zu hinterfragen, inwieweit Anekdoten wirklich als Grundlage für pauschalisierende Äußerungen herhalten können. Zu signalisieren *„Wenn Du hier solche Parolen äusserst, kannst Du nicht damit rechnen, dass diese einfach akzeptiert werden – sondern musst sie auch begründen können“* kann bereits zu einem Umdenken führen.

Probleme ernst nehmen

Habe keine Angst davor, dich auch über Problemthemen auszutauschen! Bestätige Menschen, die menschenfeindliche Parolen äußern, möglichst nicht in einer Pauschalaussage, dass „die“ Politik oder „die“ Gesellschaft bestimmte Themen tabuisieren würde. *„Du sprichst das Thema Kriminalität an – ein wichtiges Thema. Wie können wir dar-*

über diskutieren, ohne Menschen pauschal zu diskriminieren?“ Lasse dich – wenn möglich – auf das Gespräch ein, **nimm dein Gegenüber ernst, aber erteile rassistischen oder anderweitig pauschal herabsetzenden Schlussfolgerungen eine klare Absage.**

Alternativen vorschlagen

So wichtig es ist, rechte Parolen zurückzuweisen, so sehr kommt es doch auch darauf an, alternative, tragfähige Perspektiven aufzuzeigen. Gerade hier hat der christliche Glaube großes Potential: **Religiös verwurzelte Leitbegriffe – wie Würde, Solidarität, Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Mitgefühl – bieten die Chance, alternative und menschenfreundliche Visionen ins Gespräch zu bringen.** Wo diskriminierende Äußerungen über Menschen fallen, hilft es bereits, eindeutig auf das christliche Bild vom Menschen zu verweisen.

Denn darin hat jeder Mensch aufgrund der ihm eigenen Würde einen Anspruch auf ein Leben ohne Diskriminierung.

Wenn Argumente aber nicht gehört werden (wollen) ...

Es kann bei allem Bemühen um einen fairen Austausch passieren, dass jemand, der mit menschenfeindlichen Parolen um sich wirft, sich auf keinerlei Diskussion einlässt und an alternativen Perspektiven nicht interessiert ist. Es ist in solchen Fällen in Ordnung, das Gespräch abubrechen. Es hilft allerdings, dem Gegenüber dies auch zu begründen: *„Ich habe das Gefühl, dass Du an einem fairen Austausch mit mir nicht interessiert bist. So kommen wir nicht weiter, lass uns das Gespräch bitte beenden.“*

II. Was kannst DU auf Parolen konkret erwidern?

Das Spektrum rechtspopulistischer, menschenfeindlicher, rassistischer und demokratiegefährdender Positionen ist in den letzten Jahren angewachsen. Es gibt allerdings eine Reihe wiederkehrender Parolen, von denen einige im Folgenden herausgegriffen sind.

„Deutschland den Deutschen“

Diese Parole ist in dieser oder ähnlicher Form Kernbestand rechtsextremer und nationalistisch-völkischer Erzählungen. Damit geht oftmals auch die Behauptung einher, „die“ Regierung oder „der“ Staat betreibe einen „Bevölkerungsaustausch“ oder gar einen „Genozid“ am eigenen Volk. Diese Behauptungen können bereits aufgrund der bekannten Fakten eindeutig zurückgewiesen werden: Deutschland ist – im Vergleich zu anderen

Ländern – keines, in dem besonders viele Ausländer:innen leben. Bei vielen Nachbarstaaten ist der Anteil erheblich höher. Zum Vergleich: Im kleinen Luxemburg sind 26% der Wohnbevölkerung Ausländer:innen, in der Schweiz 17%. Der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer:innen beträgt etwa 14%. Angesichts einer kleinen Minderheit von „Überfremdung“ und Ähnlichem zu sprechen, ist unsinnig. Rechtspopulist:innen unterscheiden innerhalb der diversen Gruppe von Ausländer:innen nicht weiter, etwa zwischen Geflüchteten, Asylbewerber:innen oder Kontingentsflüchtlingen. Die Vorstellung, dass Ausländer:innen Deutschen etwas wegnehmen und man eine Politik unter dem Motto „Deutschland den Deutschen“ brauche, ist auch vor dem Hintergrund des massiven Fachkräftemangels absurd. Pro Jahr fehlen

in Deutschland mindestens 400.000 Fachkräfte. Es ist nicht zuletzt auch im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes, dass Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen. Damit das funktionieren kann, bedarf es einer authentischen Willkommenskultur. Darüber hinaus gilt es immer wieder grundsätzlich zu betonen: Die in Art. 1 des Grundgesetzes genannte Würde des Menschen findet Anwendung auf alle Menschen und eben nicht nur diejenigen, die über einen deutschen Pass verfügen. **Menschen aufgrund ihrer Herkunft bzw. ihrer Staatsangehörigkeit herabzusetzen, entspricht auch nicht dem christlichen Menschenbild, demzufolge jeder Mensch – gleich welchen Geschlechts, welcher Nationalität, welcher Religion oder welcher Herkunft – eine unverfügbare Würde hat.**

„Ausländer und Geflüchtete nehmen uns die Arbeit weg!“

Die Behauptung, Ausländer:innen oder Geflüchtete nehmen irgendjemandem einen Arbeitsplatz weg, ist nicht zu halten. Asylsuchenden und geduldeten Personen ist es verboten, während der ersten drei Monate zu arbeiten. Viele Geflüchtete können allein schon deswegen niemandem den Arbeitsplatz wegnehmen, weil sie gar nicht arbeiten dürfen. Auch andere Ausländer:innen nehmen Deutschen nicht die Arbeit weg: Aufgrund einer problematischen Einwanderungspolitik haben viele ehemalige „Gastarbeiter“ sowie ihre Kinder keine abgeschlossene Berufsausbildung. Ausländer:innen sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt von Diskriminierung betroffen. Viele Betriebe stellen aus Sorge vor Sprachbarrieren oder kulturellen Unterschieden keine Auszubildende mit Migrationsgeschichte ein. **Ausländer:innen**

nehmen also nicht nur niemandem die Arbeit weg. Sie haben es auch strukturell oftmals viel schwerer, Arbeit zu finden. Und schließlich gilt: Um dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken, braucht es den Zuzug von Arbeitskräften. Etwa 400.000 bis 500.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland werden benötigt – pro Jahr. Die von Rechtspopulist:innen behauptete Konkurrenz zwischen Ausländer:innen und Deutschen gibt es also gar nicht.

„Kriminelle Ausländer“

Das Motiv „Krimineller Ausländer“ ist oft in rechten Parolen zu hören, wird aber immer besonders virulent im Zusammenhang von Kriminalitätsstatistiken. Hier kommt es darauf an, die Zahlen besagter Statistiken auch richtig zu lesen: Zunächst wird oft übersehen, dass bestimmte Delikte überhaupt nur von Menschen mit einem ausländischen Pass begangen werden können, z. B.

Meldevergehen, illegaler Grenzübertritt oder falsche Angaben über die Herkunft. Es liegt auf der Hand, dass Menschen ohne deutschen Pass in diesen Kategorien besonders auffällig sind. Hinzu kommt, dass Kriminalitätsstatistiken in der Regel nur Anzeigen – nicht Verurteilungen – abbilden. Hier gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass Ausländer:innen schneller unter Tatverdacht stehen („Tatverdachtseffekt“). Dies liegt auch daran, dass Menschen gegenüber Ausländer:innen oftmals anzeigefreudiger sind, als gegenüber Deutschen („Anzeigeeffekt“). Ob jemand also die unterstellte Tat tatsächlich begangen hat, geht aus den Statistiken in der Regel nicht hervor. Außerdem wird bei Menschen mit ausländischem Pass nicht weiter differenziert: Geht es um Ausländer:innen, die zur Wohnbevölkerung gehören? Um durchreisende Personen? Tourist:innen? Auch gilt es ge-

rade im Hinblick auf Jugendkriminalität nach den Ursachen zu fragen: Fehlende Chancen, Armut, Perspektivlosigkeit spielen dabei eine Rolle. **Eine differenzierte Betrachtung einschlägiger Kriminalitätsstatistiken lässt nicht den Schluss zu, dass Angehörige der ausländischen Wohnbevölkerung – also Ausländer:innen, die dauerhaft in Deutschland leben – krimineller sind als Menschen mit einem deutschen Pass.**

„Wir müssen abgelehnte Asylbewerber endlich abschieben“

Es ist eine wiederkehrende rechtspopulistische Strategie, Abschiebungen als politische Lösung für alle asyl- und integrationspolitischen Herausforderungen ins Gespräch zu bringen. Vorwiegend geht es dabei um die Gruppe der sogenannten „Ausreisepflichtigen“, also abgelehnte Asylbewerber:innen oder Tourist:innen, deren Visum abge-

laufen ist. Insgesamt waren zum 31.12.2023 242.600 Menschen in Deutschland ausreisepflichtig, etwa 60% von ihnen sind abgelehnte Asylbewerber:innen. Doch was in der Debatte häufig unterschlagen wird: 80% der Ausreisepflichtigen haben eine sogenannte Duldung, d.h. ihre Abschiebung ist aufgeschoben oder ausgesetzt. Eine Duldung wird z. B. ausgestellt, wenn rechtliche Gründe vorliegen, die eine Ausreise unmöglich machen, z. B. fehlende Reisedokumente, wenn jemand eine schwerwiegende Erkrankung hat, eine qualifizierte Berufsausbildung absolviert oder ein minderjähriges Kind mit Aufenthaltserlaubnis hat. Tatsächlich unmittelbar ausreisepflichtig sind nur etwa 49.000 Menschen. **Angesichts der etwa 1,6 Millionen Menschen, die in Deutschland in den letzten Jahren Schutz bekommen haben und im Verhältnis zu den 242.600 abgelehnten, aber ge-**

duldeten Asylbewerber:innen, ist es eine Illusion zu glauben, Abschiebungen seien eine tragfähige Lösungsstrategie für die asylpolitischen Herausforderungen. Es ist daher unredlich, die Debatte auf Abschiebungen zu konzentrieren.

„Arbeitsscheu“

Rechte Parolen richten sich oft gegen sogenannte „sozial schwache“ Menschen. Dabei werden insbesondere Bürgergeldempfänger:innen, Arbeitslose und Empfänger:innen anderer Sozialleistungen als „arbeitsscheu“ diffamiert. Hier muss der geschichtliche Zusammenhang gesehen werden: Im Nationalsozialismus diente der Vorwurf, „arbeitsscheu“ zu sein, als Bestandteil der Sammelbezeichnung der sogenannten „Asozialen“, gegen die es zu erheblichen Zwangsmaßnahmen kam. Betroffen waren insbesondere Bettler:innen, Obdachlose und Prostituierte. Bereits im Jahr 1933 begannen

die Nationalsozialisten mit der Verfolgung dieser Menschen, die wenige Jahre später auch in Konzentrationslager eingewiesen wurden. Die Debatte um Bürgergeldempfänger:innen greift manchmal auf dieses Motiv der „Arbeitsscheuen“ zurück. Auch hier hilft ein Blick auf die Fakten: Zahlen der Bundesagentur für Arbeit machen deutlich, dass Sanktionen gegen Menschen, weil sie sich einer Arbeit, einer Ausbildung oder einer Fördermaßnahme verweigert haben, extrem selten sind: Nur bei 0,4 Prozent der ca. 4 Millionen Bürgergeld-Empfänger:innen kommt es zu solchen Sanktionen. Mit anderen Worten: **Die Behauptung, Bürgergeld-Empfänger:innen seien „faul“, „arbeitsscheu“ oder gar „asozial“ ist bei Betrachtung der Fakten völlig aus der Luft gegriffen.** Dahinter verbirgt sich die Strategie, eine ganze Gruppe von Menschen, die es ohnehin bereits schwer haben und sich in

Armut befinden, herabzusetzen und in der Folge damit dann Sozialneid zu schüren. Mit Blick auf die Fakten und unter Berücksichtigung seiner dunklen Geschichte ist dieses Vorurteil ausdrücklich zurückzuweisen.

„Zu viele Muslime“

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Verbreitung antimuslimischer Haltungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein reicht. Gerade deswegen haben Rechtspopulist:innen hier leichtes Spiel – sie können an ein verbreitetes Ressentiment anknüpfen. Es ist wichtig, hier klar Stellung zu beziehen und ggf. zunächst zurückzufragen, worin denn die eigentliche Sorge besteht: Eine Antwort darauf könnte etwa beinhalten, dass jemand sagt, der Islam gehöre nicht „zu Deutschland“ oder dass die vermeintlich „deutsche“ oder „abendländische“ Kultur durch den Islam verdrängt werde. Hier gilt es, die Fakten zu klären:

Nur etwa 6,5% der Menschen in Deutschland sind Muslim:innen – von einer „Überfremdung“ kann allein schon von den Zahlen her gar keine Rede sein. Dann gilt es zu klären, was Deutschland eigentlich ausmacht: Das ist im Wesentlichen das Grundgesetz, das in Art. 4 ausdrücklich die Freiheit des Glaubens und des religiösen Bekenntnisses als unverletzlich ausweist. Dies gilt für alle Religionsgemeinschaften und Bekenntnisse in Deutschland. **Muslim:innen haben das gleiche Recht darauf, ihren Glauben im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei zu leben.** Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang auch deutlich zu machen, dass Muslim:innen häufig Diskriminierung erleben, indem ihnen z. B. pauschal unterstellt wird, „rückständig“ und „Fremde“ zu sein. Solche Vorurteile bereiten in letzter Konsequenz auch den Boden für Gewalt. Seit 2017 erfasst das Bundesinnenminis-

terium islamfeindliche Straftaten als gesonderte Kategorie. Eine erschreckende Bilanz, denn die die Zahlen steigen: 2023 wurden bundesweit 1464 Straftaten als islamfeindlich klassifiziert. Angesichts muslimfeindlicher Parolen gilt es also, Vorurteile deutlich zurückzuweisen, Fakten zu benennen und für die Diskriminierung und Gewalt gegen Muslim:innen zu sensibilisieren.

„Sinti und Roma neigen besonders zu Kriminalität“

Zu typischen menschenfeindlichen Parolen gehören herabsetzende Aussagen über Sinti:Sintezza und Roma:Rornja, nicht selten mit der Bezeichnung „Zigeuner“. Es handelt sich dabei um einen Schmähbegriff, mit dem Sinti:Sintezza und Roma:Rornja als hinterhältige Verbrecher:innen verunglimpft werden. Das NS-Regime nutzte sowohl diese Bezeichnung als auch die damit verbundenen Vorurteile, um Sinti:Sintezza und Roma:Ro-

rnja grausam zu verfolgen und zu ermorden. Der Begriff „Porajmos“ bezeichnet den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus, dem bis zu 500.000 Menschen zum Opfer fielen. Es dauerte bis in die 1980er Jahre, bis die Bundesrepublik Deutschland die Sinti und Roma als Opfer des Nationalsozialismus überhaupt anerkannte. Die gegen Sinti:Sintezza und Roma:Rornja gerichtete Menschenfeindlichkeit nennt man „Antiziganismus“. Bis heute sind Sinti:Sintezza und Roma:Rornja von Vorurteilen und Diskriminierung betroffen, etwa durch Benachteiligungen im Bildungssystem. Wenn Angehörige der Sinti und Roma besonders von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist nach den sozialen Ursachen zu fragen: So ziehen Ausgrenzung und Diskriminierung oftmals Benachteiligungen im Bildungssystem und damit auch in der Arbeitswelt nach

sich. Das Bundeskriminalamt dokumentiert antiziganistische motivierte Straftaten, unter den Todesopfern des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020 befanden sich drei Sinti:Sintezza und Roma:Romnja. Im Jahr 2021 legte eine vom Bundesinnenministerium beauftragte Expert:innen-Kommission einen Bericht vor, der umfassend die vielen Erscheinungsformen von Antiziganismus dokumentierte. **Antiziganistische Parolen haben nicht nur den Weg für Diskriminierung und Anfeindung, sondern auch massenhaften Mord bereitet.** Es ist wichtig, dass Du solchen Parolen ausdrücklich widersprichst.

„Ethnopluralismus“

Der Begriff des Ethnopluralismus wird insbesondere von der sogenannten Neuen Rechten gebraucht. **Faktisch handelt es sich dabei um den für Rechts-extreme typischen Rassismus, der durch eine neue Begriff-**

lichkeit normalisiert werden soll. Man kann auch sagen, es handelt sich um einen „Rassismus ohne Rassen“. Ethnopluralist:innen behaupten wie auch klassische Rassist:innen, es gäbe klar voneinander unterscheidbare Menschengruppen mit jeweils bestimmten, unveränderlichen Eigenschaften. Anders als klassische Rassist:innen vermeiden sie es dabei aber, auf biologistische Argumentationen zurückzugreifen, sondern setzen argumentativ vor allem auf vermeintlich unveränderliche, kulturelle Identitäten. Zum einen ist diese Position bereits menscheitsgeschichtlich betrachtet Unfug: Jede menschliche Kultur ist das Ergebnis gegenseitiger Beeinflussung und Prägung. In der Konsequenz zieht Ethnopluralismus einen ausgrenzenden Nationalismus nach sich: Jede Ethnie bzw. jede Kultur möge unter sich bleiben, so die These des Ethnopluralismus. Als Parole ausgedrückt „Deutsch-

land den Deutschen“. Diese Haltung führt zwangsläufig zu einer Ausgrenzung von Menschen mit Migrationsgeschichte und all jenen, die nicht den rechtsextremen Vorstellungen einer deutschen „Ethnie“ entsprechen. Aus christlicher Sicht ist eine solche Haltung unter Verweis auf die Vorstellung einer Menschheitsfamilie zurückzuweisen. Auch ist in Erinnerung zu rufen, dass die Kirche sich selbst als „pilgerndes Volk Gottes“ versteht – und dabei den Begriff *demos*, nicht *ethnos* gebraucht. In Christus sind, so die Überzeugung der Kirche, Unterschiede zwischen den Menschen aufgehoben, aus denen sich feste, trennende Mauern ergeben können. Der Ethnopluralismus ist daher weder mit einer demokratischen noch einer christlichen Haltung vereinbar.

„Aber die AfD ist gegen Abtreibungen – das ist doch gut katholisch“

In der Tat befürwortet die AfD eine

restriktive Abtreibungspolitik. Auf den ersten Blick mag daher der Eindruck entstehen, dass sie – mehr noch als andere Parteien – auch für Lebensschutz im Sinne der Kirche steht. Aber Lebensschutz darf nicht zum Einfallstor für demokratiegefährdende Positionen werden. Bei näherer Betrachtung wird klar: **Die AfD mag sich zwar gegen Schwangerschaftsabbrüche in Stellung bringen. Aber sie tut dies auf der Grundlage eines ethnopluralistischen Menschenbildes.** Die deutsche Familie wird darin als Keimzelle einer ethnisch-nationalen Gemeinschaft gesehen, die es durch Vermehrung im Inneren und durch Ausgrenzung nach außen zu schützen gelte. Ungeborenes Leben soll also nicht um seiner selbst willen geschützt werden. Sondern es wird als Mittel zum Zweck des Erhalts und des Zuwachses der Bevölkerung im Sinne einer völkisch-nationalen Identität gesehen. Das

unterscheidet sich erheblich von der Überzeugung der Kirche, dass Lebensschutz im Prinzip der unbedingten, gleichen und von Gott gegebenen Menschenwürde begründet ist und die von Anfang an für alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – gilt.

„Erinnerungspolitische Wende“

Zum Arsenal rechtspopulistischer und -extremer Propaganda gehört die Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“. In diesem Kontext taucht auch der Begriff „Schuldskult“ oftmals auf. Damit soll gesagt werden: Erinnerungspolitisch soll der Fokus auf den positiven Seiten deutscher Geschichte liegen. Es soll ein „Schlussstrich“ unter Erinnerung und Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus und an die Schoa gezogen werden. Oft wird dabei unterstellt, die Alliierten hätten im Zuge der Entnazifizierung den Deutschen eine „Umer-

ziehung“ aufgezwungen. Dazu ist historisch zu sagen: Die „Reeducation“ der Alliierten zielte darauf ab, zur Demokratie hinzuführen und demokratische, rechtsstaatliche Zustände wieder zu ermöglichen. Die Verunglimpfung des Gedenkens und Bewusstmachens der aus der Schoa sich ergebenden Verantwortung hat zum Zweck, die deutsche Geschichte zu einer glorreichen Geschichte „umzuzimmern“. **Völkisches Gedankengut kann dort auf fruchtbaren Boden stoßen, wo die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus ausgeblendet und die sich daraus ergebende Verantwortung bestritten wird.** Dort wo das Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Jüdinnen und Juden als „Mahnmal der Schande“ bezeichnet wird, wird versucht, Antisemitismus salonfähig zu machen. Diese Umdeutungen der deutschen Geschichte sind offensichtlich

an ein rechtsextrems und antisemitisches Publikum gerichtet. Aus christlicher Sicht ist hier zu sagen, dass die Kirche in der Erklärung Nostra aetate (Nr. 4) ausdrücklich die Verfolgung von Jüdinnen und Juden thematisiert hat. Es wird darin betont, dass die Konsequenz aus dem Evangelium nur die Absage an jede Manifestation von Antisemitismus sein kann. Gerade aus kirchlicher Sicht sind deutsche Katholik:innen besonders gefordert, jedem Versuch, Antisemitismus zu verbreiten, entschieden entgegenzutreten. Diese Forderung ergibt sich auch aus unserer Geschichte selbst: **Die Verpflichtung zum „Nie wieder!“ bedeutet auch und vor allem, die Stimme zu erheben, wo sich Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden zeigen.** Dass diese Gefahr nicht abstrakt ist, zeigen die empirisch erhobenen Zahlen zu antisemitischen Straftaten (mit weit über 2000 antisemitischen Straftaten

allein zwischen dem 7.10.2023 und dem 25.01.2024) und zur Zustimmung zu antisemitischen Aussagen (ca. 15-20 Prozent). Eine „erinnerungspolitische Wende“ würde diese weiter in die Höhe steigen lassen.

„Die Juden kontrollieren im Hintergrund das Weltgeschehen!“

Der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung geht auf das Mittelalter zurück und ist in rechts-extremen Kreisen auch heute in zahlreichen Varianten zu finden. Exemplarisch kann der Anschlag in Halle (Saale) vom 9. Oktober 2019 gelten: Der Rechtsextremist Stephan B. hatte an Yom Kippur versucht, sich gewaltsam Zugang zur Synagoge von Halle zu verschaffen. In seinem Bekennerschreiben unterstellte er Jüdinnen und Juden, angeblich eine muslimische Immigration nach Europa zu steuern um die christliche Bevölkerung Europas durch eine muslimische „auszu-

tauschen“. Aktuelle Formen des Antisemitismus kommen oftmals ohne explizite Nennung von Jüdinnen und Juden aus, sondern greifen auf Codes zurück, mit denen aber im Wesentlichen dasselbe gemeint ist: Der schnelle Aufstieg Macrons in Frankreich wird dann z. B. so begründet, dass er eine „Marionette der Rothschilds“ sei, andere sprechen von ominösen „Ostküsteneliten“, „internationalen Banken“ oder dem jüdischen Philanthrop George Soros, die im Hintergrund angeblich die Geschicke der Welt kontrollieren. Diesen Verschwörungsmythen ist gemeinsam, dass sie Vereinfachungen sind, die die Welt in Gut und Böse unterteilen, wobei das „Böse“ mit dem Judentum in Verbindung gebracht wird. Diese Verschwörungsmythen stimmen darin überein, dass sie mit Vorurteilen arbeiten, die seit Jahrhunderten insbesondere gegenüber Jüdinnen und Juden („hinterlistig“, „gierig“, „manipulativ“, etc.)

bestehen. Diese Verbindung entbehrt nicht nur jeglicher Faktenlage, sie hat auch eine tödliche Geschichte: Bereits im Mittelalter dienten derartige Verschwörungserzählungen dazu, Pogrome gegen Jüdinnen und Juden zu legitimieren, zur Zeit des Nationalsozialismus führte die Behauptung einer jüdischen Weltverschwörung zum millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden. Wenn dir solche Erzählungen begegnen, ist es wichtig, dass Du sie als das benennst, was sie sind: Antisemitismus. Nicht immer wird es gelingen, jemanden, der einer antisemitischen Verschwörungsideologie anhängt, zu überzeugen. Gerade dann ist es entscheidend, gegenüber den Umstehenden Haltung zu zeigen und sich mit Jüdinnen und Juden zu solidarisieren.

Weitere Informationen, wie DU mit rechten und antidemokratischen Parolen umgehen kannst, findest Du hier:

Deutsche Bischofskonferenz, *Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen* (Arbeitshilfen Nr. 305), abrufbar unter: <https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/arbeitshilfen/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechtspopulistischen-tendenzen.html#files>

Diözesanrat Freiburg, Handlungsrahmen zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und extremistischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft (aktualisiert im März 2024), Freiburg 2017, abrufbar unter: [handlungsrahmen-zur-auseinandersetzung-mit-rechtspop.-u.-extrem-tendenzen--2024.pdf](https://www.diocesarat-freiburg.de/handlungsrahmen-zur-auseinandersetzung-mit-rechtspop-u.-extrem-tendenzen--2024.pdf) (ordinariat-muenchen.de)

Benz, Wolfgang, *Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile*, in: Informationen zur politischen Bildung – aktuell, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37986/argumente-gegen-rechtsextreme-vorurteile/>

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, *Konterbunt. Einschreiten für Demokratie*, abrufbar unter <https://konterbunt.de/inf/>, (auch als App verfügbar).

Akademie CPH, Was tun gegen „rechts“!? Empfehlungen für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Kirche und Gesellschaft, Würzburg 2018, weitere Informationen hier: <https://www.cph-nuernberg.de/ueberuns/publikationen/detail/was-tun-gegen-rechts>

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico, Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, abrufbar unter: <http://www.fes.de/mitte-studie>

